

Diskussionsbeitrag

# Frieden schaffen mit UNO-Waffen?

Der Zusammenbruch der sich selbst sozialistisch nennenden Staats- und Herrschaftsideologien hinterlässt in vielen Ländern ein Definitionsvakuum. Alte Cliques suchen nach neuen Legitimationen und sind bereit, dafür ganze Länder und Gesellschaften in den Krieg zu stürzen. Wie kann Westeuropa, wie kann die Welt dies verhindern? Können Militäreinsätze im UNO-Auftrag einen Beitrag zu einer gerechteren, friedlicheren Welt leisten? Ein verspäteter Anfang einer schwierigen Diskussion.

Roland Brunner

Irak, Somalia, Bosnien-Herzegowina... Militärinterventionen werden wieder zu einem akzeptierten Teil internationaler Politik und scheinen Probleme zu lösen, die politisch nicht gelöst wurden. Müssen wir uns damit abfinden, dass nach dem Ende des kalten Krieges lokale Konflikte wieder militärisch pazifiziert werden? Antworten zu finden ist schwierig. Der Diskussionsbedarf ist immens. Ich will versuchen, einige notwendige Fragen zu stellen.

## Militär statt Politik?

Die heutigen Militäraktionen werden oft als Politikersatz durchgeführt. Mit welcher Legitimation kann die USA im Irak intervenieren, wenn sie gleichzeitig repressive Regimes auf der ganzen Welt stützt, die verbrecherische Politik Israels gegenüber den PalästinenserInnen deckt oder Gewaltflüchtlinge aus Haiti massenweise zurückweist? Mit welchem Recht kann eine UNO Kriegsrecht über

\* Siehe auch die Artikel über Serbien und Kroatien in der letzten BRESCHÉ (Februar 1993) und den Artikel «Ohne Armee kein Krieg» über die Jugoslawische Volksarmee in der «GSoA-Zitig» Nr. 50.

Somalia verhängen, wenn gleichzeitig der politische Wille fehlt, die sozialen Probleme von Armut und Hunger auf dem ganzen Kontinent anzugehen? Mit welchem Recht soll Europa militärisch in Bosnien-Herzegowina eingreifen, nachdem das Europa der Regierenden in Brüssel monate- und jahrelang den sich abzeichnenden Zerfall Jugoslawiens nicht wahrnehmen wollte, auf politisches Handeln verzichtete, weiterhin die Zentralregierung in Belgrad finanziell und ideell unterstützte und bis zum Sommer 1991 klarstellte, dass sie einen Zerfall Jugoslawiens nicht akzeptieren werde? Fehlender politischer Sachverstand, vor allem aber fehlender politischer Handlungswille liessen den Konflikt erst zum Krieg erwachsen. Europa ist nicht schuld an diesem Krieg, hat ihn nicht verursacht und führt ihn nicht. Aber europäische Politik war nicht fähig, den sich abzeichnenden Krieg in ein politisches Korsett zu zwingen. Kann aber zu langes Abwarten mit überstürztem kriegerischem Handeln wettgemacht werden?

## Verhandeln! Aber mit wem?

*Hanspeter Born*, wahrlich kein Vertreter pazifistischen Gedankenguts, schreibt in der «Weltwoche» (14.1.1993): «Letztlich gibt es nur eine Lösung, und die führt über Verhandlungen.» Während er Verhandlungen mit Saddam Hussein vehement ablehnte, betont er jetzt die Notwendigkeit politischer Diskussionen mit Kriegsverbrechern und Schlächtern wie dem serbischen Cetnik-Führer Karadzic. Nicht dass diskutiert werden muss, ist infragezustellen, sondern die Frage muss lauten: Mit wem ist über Frieden zu diskutieren?

Während der offiziellen Londoner Jugoslawienkonferenz fand eine Parallelkonferenz der Antikriegskräfte statt. Obwohl

sie nur wenige hundert Meter entfernt tagte, wurden ihre TeilnehmerInnen weder in die Verhandlungen einbezogen noch überhaupt angehört. Regierung diskutiert mit Regierung, Macht mit Macht – selbst wenn es sich um Massenmörder handelt.

Der Glaube, dass mit Kriegsverbrechern Frieden geschlossen werden kann, ist den meisten Menschen längst abhanden gekommen. Ob Leute wie *Lord Owen* oder *Cyrus Vance* noch daran glauben, mag dahingestellt sein. Jedenfalls verhindern sie mit ihrer Staatsdiplomatie den Einbezug alternativer Kräfte in die Verhandlungen. So schwach die oppositionellen, nichtnationalistischen Kräfte in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien sind, so wichtig sind sie dennoch. Sie sind die einzigen Ansprechpartnerinnen für eine internationale Politik, die nicht nur nach militärischen, sondern auch nach zivilen Lösungen sucht.

## Moral statt Argumente?

Militärisches Vorgehen beinhaltet die Gefahr der Eskalation. Ist aber *Hansjörg Braunschweig* wirklich recht zu geben, wenn er in der GBI-Zeitung «Neue Gewerkschaft» (21.1.1993) schreibt: «Jede militärische Intervention erhöht in erster Linie die Leiden von Frauen und Kindern, Alten und Kranken, Benachteiligten und Minderheiten, erhöht die Zahl der Toten und Verletzten, zerstört Dörfer und Wohnquartiere.»

Bei einer Diskussion um die Folgen militärischen Vorgehens kann es uns nicht nur um Prinzipien gehen. Selbst wenn jede militärische Gewalt schlecht ist, muss sich dieses Prinzip in konkreten Momenten der aktuellen Situation stellen, muss es sich zur Politik emporarbeiten.



Amos Oz, der Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels 1992, erklärt gegen die rein moralische und unpolitische Haltung von Teilen der Friedensbewegung: «Ich bin ein Friedensaktivist. Für mich war Krieg nie das grösste Übel, das grösste Übel ist Aggression. Meine Vorstellung von Frieden sollte nicht mit der irgendwie sentimental Konzeption verwechselt werden, wonach Friede, Liebe, Brüderschaft, Mitgefühl und Gnade synonym sind. Ich hielt nie viel von dem Schlagwort "make love not war", einfach weil das Gegenteil von Krieg nicht Liebe ist. Das Gegenteil von Krieg ist Frieden.» (aus: Kommune 8/92, S.3) Genauso glaubwürdig und moralisch ist deshalb die Aussage von Dieter Weiser, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europarat für die Fraktion der Grünen: «Das Ausbleiben einer Intervention kostet eine stetig wachsende Zahl von Menschen das Leben und trägt letztendlich zu einer Renaissance von Nationalismus und einer Militarisierung von Politik in Europa bei. Kleinen Nationen wird sehr deutlich vor Augen geführt, dass sie auch künftig nur dann Hilfe gegen Aggressoren erwarten dürfen, wenn ihre Existenz geopolitischen und geostrategischen Interessen der grossen Industriestaaten dient.» («Kommune» Nr. 11/92) Er warnt denn auch zurecht davor, dass der «politische Pazifismus in Kumpane mit Mördern einmünden kann».

### Mögliche Prämissen

Eine mögliche Prämisse für die Diskussion über militärisches Vorgehen könnte somit lauten: Massnahmen sind ethisch vertretbar, wenn man die Hoffnung begründen kann, dass damit der ganze Konflikt, das ganze Leiden eingedämmt werden kann. Die Erfahrung, dass Krieg immer noch mehr Leiden schaffe, muss

hinterfragt werden. Entscheidend ist dazu die Charakterisierung eines Krieges: Handelt es sich um einen Bürgerkrieg oder um einen Vernichtungskrieg, um einen Verteidigungs- oder einen Aggressionskrieg? Das Eingreifen der USA im Zweiten Weltkrieg beispielsweise erhielt eine hohe moralische und politische Legitimation, da mit dem militärischen Vorgehen der Alliierten den Vernichtungslagern des Nationalsozialismus Einhalt geboten wurde – auch wenn die Bombardierung deutscher Städte auf den amerikanischen Einsatzbefehlen deutlich prioritär war gegenüber der Befreiung der LagerinsassInnen.

### Antimilitarismus als Antiamerikanismus?

Ebensowenig reicht es, militärische Überlegungen alleine deswegen zurückzuweisen, weil sie unter US-Kommando vollzogen würden. «Wollen wir wirklich eine militärische Intervention mit amerikanischen Soldaten, Waffen, Flugzeugen und Flugzeugträgern unter US-Führung? Eine andere Intervention steht nicht zur Diskussion.» (Hansjörg Braunschweig, a.a.O.) Entweder sind militärische Schritte eingebunden in politische Überlegungen und können als solche vertreten werden, oder eine Militärintervention wird als Selbstläufer gestartet – und dann ist sie zu verurteilen, egal aus welchem Land Mannschaft und Material stammen. Oder wäre eine Westeuropäische Verteidigungsunion WEU etwa zivilisierter, menschlicher, friedlicher?

### Zuviel Armee, nicht zuwenig

Die Kriege auf dem Balkan zeigen deutlich, dass nicht zuwenig Militär, sondern zuwenig Politik für die Katastrophe ver-

antwortlich ist. Die jugoslawische Volksarmee JNA, hochgerüstet über Jahrzehnte von Ost und West zu einer der stärksten Armeen Ost-Mittel-Europas, legitimiert mit der «Verteidigung des Landes» und als «Integrationsfaktor der verschiedenen Ethnien», wurde zur eigentlichen Initiatorin des Krieges. Begründet auf einer unglaublichen Vielzahl von sozialen Privilegien und einer Ideologie des Parteilinienkommunismus, mit einer Kontrolle über einen militärisch-industriellen Komplex, der als Wirtschaftsimperium jährlich mehr abwarf als der Tourismus in Jugoslawien, startete diese Armee einen Krieg zur Erhaltung ihrer eigenen Macht. Der Zerfall Jugoslawiens hätte diesem Koloss den Boden entzogen. Jugoslawien brauchte keine Armee, aber die Armee brauchte Jugoslawien – und begann den Kampf mit allen Mitteln. Soziale Probleme, der wirtschaftliche Niedergang in den 80er Jahren, die militärische Hochrüstung, eine Kultur der Gewalt und der Verherrlichung militärischer Traditionen, das Fehlen von Demokratie und einer zivilen Konfliktkultur im Alltag und in der Politik ermöglichten dieser Clique, ihren Machtkampf zum Krieg auszuweiten. Solche Probleme müssen als soziale und politische Probleme erkannt und entsprechend angegangen werden. Ein militärisches Vorgehen ist keine Antwort auf diese Herausforderungen.

### Und in Bosnien?

Die Meldungen aus Bosnien und Teilen der Herzegowina, die uns täglich erreichen, sind Schreckensmeldungen. Während noch im Frühling letzten Jahres Hunderttausende gegen Krieg und Gewalt demonstrierten, hat inzwischen die «Politik der ethnischen Säuberungen» durch die Milizen der bosnischen Serben

## Vervielfachung der UNO-Einsätze

Im ersten Jahr der Amtszeit des neuen UNO-Generalsekretärs *Butros Butros-Ghali* hat sich die Zahl der insgesamt im Einsatz stehenden UNO-Blauhelme von 11'000 auf 50'000 fast verfünffacht. Das Budget der Friedensoperationen stieg allein im ersten Halbjahr 1992 von 700 Millionen auf 2,8 Milliarden Dollar.

In Ex-Jugoslawien sind heute 23'058 Beobachter und Militärpersonen stationiert. Seit dem ersten Mandat vom 21. Februar 1992 wurde das Mandat achtmal erweitert. Die UNPROFOR-Einheiten in den vier UNPA-Zonen Kroatiens umfassten Ende Dezember 1992 folgende Mannschaftsstände:

**Ost-Slavonien** (UNPA Ost): 1 Bataillon mit 680 Soldaten aus Belgien und Luxemburg, 1 Bataillon mit 890 Soldaten aus Russland. Kommandoposten: Erdut.

**West-Slavonien** (UNPA West): 870 Soldaten aus Kanada, 850 aus Jordanien, 880 aus Argentinien, 870 aus Nepal. Kommandoposten: Daruvar.

**Kordun und Baranija** (UNPA Krajina Nord): 890 Soldaten aus Nigeria, 890 aus

Dänemark, 880 aus Polen. Kommandoposten: Topusko.

**Kninska Krajina und Lika** (UNPA Krajina Süd): 925 Soldaten aus Frankreich, 500 aus der ehem. Tschechoslowakei, 900 aus Kenia. Kommandoposten: Knin.

Zusätzliche Überwachungsposten stehen in Dubrovnik und Prevlaka. Das UNPROFOR-Hauptquartier ist in Zagreb. Ein Zentralbüro wird auch in Belgrad betrieben.

In **Bosnien-Herzegowina** umfassten die UNPROFOR-Einheiten bei Kriegsausbruch 1310 französische Soldaten in Bihac, 970 Kanadier in Banja Luka, 2400 Briten in Vitez, 750 Spanier im Gebiet von Nevsinje, Ljubinje und Trebinje, 383 Ukrainer, 397 Ägypter und 758 Franzosen in Sarajewo. Die Briten haben ihre Präsenz seit dann verdoppelt, die Franzosen rund 2500 zusätzliche Soldaten stationiert. In der letzten Erweiterung ihres Mandats beschloss die UNO nun auch, 850 UNO-Soldaten nach Mazedonien zu schicken.

– mit Material und Logistik unterstützt durch die JNA – den Krieg in dieses Land getragen. Der Genozid an der muslimanischen Bevölkerung muss gestoppt werden. Der Krieg muss aufhören. Aber wie?

In Europa und den USA hat die Diskussion um eine Militärintervention sich in mehreren Rhythmen zugespitzt. Während vor der Londoner Konferenz alles auf ein schnelles Eingreifen hinwies, schaffte es die serbische Führung dann doch wieder, mit ihrer Hinhaltetaktik die UNO und die EG zu verträsten. Aber auch bei den westlichen Regierungen und Militärexperten waren die Meinungen geteilt und die Argumente sehr kontrovers. Die Frage, die aber überall gestellt wird, lautet: Militärintervention ja oder nein? Eine falsch gestellte Frage aus meiner Sicht.

Militärische Interventionen in Bosnien sind längst erfolgt: seitens der JNA, seitens der Verbände der bosnischen Serben, seitens der kroatischen Armee, seitens der kroatischen unabhängigen Truppenverbände, seitens der muslimanischen Verteidigungseinheiten und seitens der UNO-Blauhelme. Will man nicht den Abzug aller UNO-Einheiten fordern, dann geht es darum, politische Ziele für deren Einsatz festzulegen und ihnen die entsprechende Exekutivmacht zu übertragen. Wie soll interveniert werden, mit welchen Mitteln, mit welchen Zielen?

Das ist die Frage, auf die wir eine Antwort finden müssen. Sonst bleibt es bei einer verlogenen Diskussion: Militärische Intervention nicht mit politischen Zielsetzungen, sondern als Politikersatz. Wenn keine Vorstellungen über ein Nach-Kriegs-Jugoslawien entwickelt werden und über den Weg, wie man dahin kommt, bleibt jedes militärische Vorgehen ein Hasardeurspiel ohne absehbare Resultate.

Diese Fragestellung zeigt auch, wie wichtig der Einbezug der lokalen zivilen Kräfte in die Überlegungen ist. Damit ein militärisches Vorgehen erfolgreich sein kann, müssten die politischen Projekte zumindest mit der Unterstützung eines Teils der Gesellschaft rechnen können.

### Dem Krieg die Spitze brechen

Ziel eines begrenzten und politisch genau definierten militärischen Vorgehens kann dabei nicht sein, mit Waffen Frieden zu schaffen. Möglich wäre es höchstens, dem Krieg und den hauptsächlichen Kriegstreibern die militärische Spitze zu brechen, damit Politik wieder möglich wird und zivile Ansätze zur Geltung kommen können.

Wenn wir aus moralischen, prinzipiellen Gründen uns weigern, die Frage nach dem Potential einer militärischen Drohung und eventuell eines militärischen Vorgehens zu stellen, müssen wir auf folgende Fragen mindestens eine Antwort haben:

- Wenn wir gegen ein militärisches Eingreifen in Bosnien sind, erlauben wir dann wenigstens der bosnischen, muslimanischen Bevölkerung, sich selbst zu verteidigen? Oder opfern wir die MuslimanInnen unseren Prinzipien?
- Wieso soll die Armee oder die serbische Führung nach einem Friedensschluss in Bosnien-Herzegowina

plötzlich saturiert sein? Was schlagen wir vor zur Eindämmung der Kriegsgefahr in Kosovo, Sandschak, Vojvodina, Mazedonien und der Gefahr eines allgemeinen Balkankrieges?

- Legitimiert die Tolerierung der serbischen Kriegsführung nicht die ethnische Säuberungen als Vorbild für die ehemalige SU und ganz Osteuropa?
- Führt ein weiteres Zuschauen ohne Eingreifen nicht zum völligen Bankrott und Legitimationsverlust der internationalen Organisationen?
- Was wird aus der Demokratie, wenn Völkermord wieder ungestraft möglich ist?

Ein Drittel des kroatischen Territoriums ist weiterhin besetzt von serbischen Milizen, überwacht durch die United Nations Protection Force UNPROFOR. In den Schutzzonen (United Nations Protected Areas UNPA) versuchen sie, einen mehrstufigen Plan bis hin zur Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der Wiedererrichtung ziviler Strukturen zu erreichen. Am 15. April dieses Jahres läuft das UNO-Mandat nach einem Jahr ab und muss von allen Seiten verlängert werden, damit die besetzten Gebiete unter UNO-Aufsicht bleiben.

General *Ali Abdul Rasek*, UN-Kommandant in Sarajewo, erklärt resigniert: «Alle Versuche, die wir unternommen haben, um Leben zu retten, sind vollkommen fehlgeschlagen.» Auch *Cedric Thornberry*, Chef der zivilen UN-Mission, kritisiert: «Unser Mandat bekommen wir jeweils zwei bis drei Monate,



nachdem ein Handeln dringlich geworden ist; und gewöhnlich erhalten wir 25 bis 30 Prozent der Mittel, die wir brauchen, um dieses Mandat zu erfüllen.»

### UNO-Präsenz: Eine ernüchternde Bilanz

Vor allem die Vorbereitung der UNO-Truppen auf ihre Aufgabe lässt aber einen Erfolg der Mission als unmöglich erscheinen. Die nationalen Kontingente verfügen kaum über Sprach- und Landeskenntnisse, sind kaum motiviert, abgeschnitten bis gehasst von der lokalen Bevölkerung. Einige Truppen sind zudem mehr in den Krieg und die Schwarzmarktgeschäfte verwickelt als in den Friedensprozess. Die russischen UNO-Blauhelme beispielsweise erhalten ganze zwei Dollar Taggeld. Kein Wunder, dass allerlei UNO-Hilfsgüter ihren Weg auf den Schwarzmarkt finden und UNO-Fahrzeuge für alle unmöglichen kriminellen Machenschaften mitbenützt werden. UNO-Soldaten wurden laut Berichten auch schon in Vergewaltigungshäusern gesehen. Ein grosser Beitrag zur Völkerverständigung!

Zur Sicherheit der Zivilbevölkerung hat die UNPROFOR jedenfalls kaum beigetragen. Im Gegenteil: Vor allem von muslimanischer Seite kommt der Vorwurf, die UNO stütze mit ihrer Überwachung des Waffenembargos die serbische Politik der ethnischen Säuberungen und verhindere die Selbstverteidigung der bosnischen Muslime. Bei seinem Besuch in Sarajewo zu Silvester wurde Butros-Ghali, der «Grossmeister der ägyptischen Diplomatie» (NZZ), denn auch mit Hass begrüsst: «Möge Gott Sie 1993 so verteidigen, wie Sie uns im vergangenen Jahr verteidigt haben», lautete der fromme Wunsch des BürgerInnenkomitees.

### Schweizer Blauhelme . . .

Auch in der Schweiz wird über eine Teilnahme an UNO-Einsätzen nachgedacht. Ende 1991 schickte der Bundesrat das «Gesetz über schweizerische Blauhelmtruppen» in Vernehmlassung. «Gang aus der helvetischen Festung», «Dynamisierung der Aussenpolitik» und ähnlich lauten die Parolen offizieller Politik. Dabei beruft sich der Bundesrat auf eine Stellungnahme der UNO, die sich Truppenkontingente aus neutralen Ländern wünscht, um die zunehmend heiklen Aufgaben in konfliktreichen Gebieten wie dem früheren Jugoslawien wahrzunehmen.

Die Schweiz beteiligt sich seit 1953 an UNO-Missionen. In Korea, Namibia oder der Westsahara zum Beispiel haben Schweizer als unbewaffnete Beobachter (Blaumützen) teilgenommen. Die heute geplanten Blauhelm-Einsätze gehen in ihrer militärischen Komponente aber weit über diese Beobachterfunktionen hinaus. Zudem soll der Blauhelmeinsatz auch aus dem demokratischen Entscheidungsrahmen herausgenommen werden: Ganz im Zuge des Demokratieabbaus soll der Bundesrat allein über die Einsätze entscheiden können. Im Namen der «Effizienz» wird das Parlament ausgeschaltet.

### . . . oder Friedenspolitik?

Ich denke demgegenüber, dass die Schweiz mit ihrer Vergangenheit und ihrem heutigen Platz in der Welt einen besseren Beitrag leisten kann. Mit der Abschaffung ihrer Armee und dem Aufbau von freiwilligen Diensten für gewaltfreie Konfliktlösung könnte die Schweiz der Logik einer zivilen, friedenspolitischen, kriegsverhindernden Politik mit zum Durchbruch verhelfen. Sie könnte mit

dieser Spezialisierung eine europawelt- und zukunftsfähige Perspektive aufzeigen und anknüpfen an demokratische und zivile Errungenschaften dieses Landes, statt mit einem insgesamt unbedeutenden Mehr an Militär das Kriegspotential weiter zu stärken. Mit einem Beitritt zur UNO und der Verpflichtung der Schweizer Aussenpolitik auf Gewaltfreiheit und Solidarität wären die ersten Schritte getan, die Schweizer Igelmentalität zu durchbrechen und aus dem Sonderfall Schweiz ein Beispiel Schweiz zu machen.

Die Nicht-Mitgliedschaft in der EG lässt der Schweizer Aussenpolitik grösseren Freiraum: Die Schweiz müsste sich nicht dem Diktat Griechenlands beugen, das eine Anerkennung Mazedoniens durch die EG verhindert. Sie könnte hier einen kleinen aber wichtigen eigenständigen Schritt beschliessen. Die Schweiz hätte die Chance, statt nur Treffpunkt der offiziellen Konferenzen der Kriegsverbrecher zu sein, sich zum Konferenzort der alternativen, nichtnationalistischen, friedensorientierten Kräfte zu entwickeln. Eine solche Schweizer Welt-Innenpolitik wäre ein wirklicher Beitrag zum Frieden und würde nur einen Bruchteil einer Flugzeugbeschaffung kosten. Ob die Schweiz diesen Weg einschlagen wird, hängt vor allem davon ab, ob es den fortschrittlichen Kräften hier gelingt, die Politik auf diese Prinzipien zu verpflichten und selber aus ihrer Igelhaltung herauszukommen.

1) Der Begriff MuslimanInnen ist eine Selbstbezeichnung der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas. Er grenzt sich begrifflich ab vom religiös verstandenen «muslim» und betont damit die laizistische, ethnisch-nationale Zugehörigkeit.